

Zeichen	41/2012
Status-Modellierung	intern geprüft
Status-Test	erfasst
Status Testgenerator	erfasst
Umsetzung	K



OSCI® ist eine registrierte Marke  
der Freien Hansestadt Bremen

# Überarbeitung der regelmäßige Datenübermittlungen im Rahmen der Einführung des BMG

## Problemstellung

Sowohl durch das Bundesmeldegesetz als auch durch die Anpassungen des DSMeld ergeben sich Änderungen im Rahmen der 2. BMeldDÜV. Diese sind zum BMG-Release umzusetzen.

## Lösung

Auf Basis dieses CR wurden folgende Anpassungen gemacht (Die Übermittlung der unstrukturierten Namensschreibweise wird separat im CR 2012-60 betrachtet):

### **§ 4 Datenübermittlung an das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr**

Der Begriff „Wehrverwaltung“ wurde durch den Begriff „Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr“ ersetzt. Die Hinweise auf die Rechtsgrundlagen und Verordnungen wurde erneuert. Es gab keine Anpassungen am Datenumfang.

### **§ 5 Datenübermittlung an die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit**

Im Rahmen der Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit wird zukünftig die komplette Anschrift (DSMeld 1201 bis 1212) übermittelt. Durch Einbindung der Meldeanschrift, war dies durch das Schema bisher nicht ausgeschlossen. Verweise auf die 2. BMeldDÜV wurden aktualisiert.

### **§ 6 Datenübermittlung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung**

Im Rahmen des DSRV-Kapitels ergibt sich bis auf die Blattzuordnung der Anschriften keine Änderung aus der 2. BMeldDÜV.

### **§ 7 Datenübermittlung an das Bundeszentralregister**

Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundeszentralregister kommt ein Datenübermittlungsanlass „Änderung des Geburtsdatum“ hinzu und die unstrukturierte Namensschreibweise wird aufgenommen. Beide Anliegen sind durch eigene CRs abgedeckt (CR 2012-60 und 2013-32).

### **§ 8 Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt**

Die Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt wird in einem eigenen CR (CR 2012-49) behandelt.

### **§ 9 Datenübermittlung an das Bundeszentralamt für Steuern**

Bei der Datenübermittlung an das BZSt werden zukünftig auch IdNrn/VBMs von Lebenspartnern übermittelt. Diese Änderung wird in einem separaten CR (CR 2013-31) behandelt.

### **§ 10 Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt**

Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt wird in der Optionsmitteilung Wegzug zukünftig die Auslandsanschrift mit übermittelt. Außerdem wird statt des Datenfeldes 1306 das Feld 1314 übermittelt. In der Zuzugsmitteilung wurde das Blatt 1314 ebenfalls ergänzt. Das Bundesverwaltungsamt darf zukünftig Daten bei der Meldebehörde abfragen. Für diese Abfrage, soll keine eigene Nachricht erstellt werden, sondern das neue Nachrichtenpaar für Datenabrufe nach § 38 verwendet werden.

# Antragsdetails

Antragsteller: KoSIT

Erfasst am: 02.08.2012

Bezug:

## Analyse des Änderungsantrags

Durch die Umsetzung des BMG wird es zu Änderungen der Datenübermittlungsverordnungen kommen. Von diesen Änderungen werden ggf. auch die regelmäßige Datenübermittlungen betroffen sein.

## Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

§ 33 DÜ zwischen Meldebehörden

- Einzelheiten werden im Rahmen der 1. BMeldDÜV geregelt
- Bei Änderungen des Datenkatalogs bei der Fortschreibung sowie der Optimierung der Rückmeldung könnten sich ggf. auch Änderungen bei den Empfängern regelmäßiger DÜ ergeben.

§ 34 DÜ an andere öffentliche Stellen

- Nicht in diesem Kontext betroffen.

§ 35 DÜ an ausländische Stellen

- Ohne BMeldDÜV keine Bearbeitung in XMeld möglich.

§ 36 Regelmäßige DÜ

- Ist einschlägig im Kontext dieser Kleingruppe.
- Einzelheiten werden im Rahmen der 2. BMeldDÜV geregelt. Da diese noch nicht vorliegt, ist momentan keine XMeld-Bearbeitung möglich.

Im Weiteren wurden noch die §§ 37 bis 43 und 55 BMG geprüft. Hier wurden im Kontext der regelmäßigen DÜ keine Relevanz für einen Änderungsbedarf festgestellt.

Fazit: Mit der Überarbeitung der Prozesse zur regelmäßigen DÜ kann erst begonnen werden wenn die entsprechenden BMeldDÜVen vorliegen. Wenn man davon ausgeht, dass sich die Regelungen in den BMeldDÜVen nicht ändern - ergeben sich auch keine Änderungen der XMeld-Prozesse.

## Bewertung

Bewertungskriterien										Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail	Modellierung	Betroffene Dokumente
										Test	
										Hersteller	
										Spezifikation	
										Has	
										Verwandte CRs	
0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		

**Bewertet durch: CAB 02**

**Bewertet am: 2012-08-31**

Eine Anpassung der Datenübermittlungen gemäß 2. BMeldDÜV, die bereits in der Spezifikation benannt sind, ist derzeit nicht erforderlich. Sollte es Änderungsbedarf geben, so kann dieser nach Vorliegen einer gesicherten Fassung der 2. BMeldDÜV bearbeitet werden.

Änderungsbedarf ergibt sich nach derzeitiger Erkenntnis höchstens aus der Änderung des DSMeld.

Herr Sartorius weist außerdem darauf hin, dass die Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt zum Inkrafttreten des BMG über XMeld erfolgen soll. Die Nachrichten sind entsprechend anzupassen. Auch diese Änderung ist durchzuführen, wenn eine gesicherte Fassung der 2. BMeldDÜV vorliegt. Die Datenübermittlung an das KBA wird in einem eigenen CR beschrieben.

## Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am:2013-11-27**

Der Entwurf der 2. BMeldDÜV liegt vor, so dass eine Analyse des Änderungsumfanges für die Datenübermittlungen möglich ist. Änderungen der rechtlichen Vorgaben der externen Datenempfänger werden jeweils in einem eigenen CR bearbeitet (siehe beispielsweise Korrektur Geburtsdatum an das BZR, IdNr des Lebenspartners an das BZSt). Im Rahmen dieses CR sind daher Änderungen an der 2. BMeldDÜV aufgrund des DSMeld zu bearbeiten und Fragestellungen, die alle Datenempfänger gem. 2. BMeldDÜV gleichermaßen betreffen.

---

**Bearbeitet durch: CH/JH**

**Bearbeitet am:2013-11-28**

In diesem CR sind besonders offene Fragen zu den Löschrufen und dem Umgang mit den externen Datenempfängern zu klären.

Frage im BZSt-Kontext:

Klärung der Löschrufen für die IdNr lt. § 14 Abs.1 BMG. Wie ist unverzüglich zu definieren?

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am:2013-12-10**

AG Modellierung stellt fest zu den Löschrufen für im Melderegister eingetragene IdNr:

Die Formulierungen in § 14 (2) BMG (in Verbindung mit den referenzierten Stellen) lassen schließen:

- IdNr des Betroffenen: "30 Tage nach dem Wegzug und der Auswertung der Rückmeldung oder nach dem Tod des Einwohnern"
- IdNr des EG/LP: löschen "nach Ablauf des auf den Wegzug oder den Tod des Einwohnern folgenden Kalenderjahres" (also nach 1 bis 2 Jahren)

Eine Aufnahme der Regelung in die Spezifikation erfolgt nicht.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am:2014-02-08**

Im Rahmen der Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit wird zukünftig das DSMeld-Blatt 1212 mit übermittelt. Da dies durch Einbindung der Meldeanschrift in 1.8.1 bereits über das Schema nicht ausgeschlossen wurde ist dieses bereits als optionales Element vorhanden. Eine Anpassung ist diesbezüglich nicht notwendig. Jedoch sollte überlegt werden, ob die Auslandsanschrift und die Tatsache der unbekannten Anschrift in diesem Fall notwendig ist. Sofern dies der Fall wäre müsste jedoch die 2. BMeldDÜV angepasst werden.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am:2014-04-08**

Bei der Umstellung des Kapitels "Datenübermittlung an die Wehrverwaltung" auf die neue Struktur wurde zugleich der Datenumfang, der gem. 2. BMeldDÜV zu übermitteln ist, geprüft. Die einzige

Änderungen gegenüber dem Stand gem. XMeld 1.8.1 ist die Übermittlung der unstrukturierten Namensschreibweise, die über den CR 2012-60 abgedeckt ist.

Der Verweis auf die Rechtsgrundlage wurde in „§ 58c Abs. 1 Soldatengesetz“ geändert und der Begriff „Wehrverwaltung“ wurde durch „Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr“ geändert. Der Verweis auf die 2. BMeldDÜV wurde in „§ 4 2. BMeldDÜV“ geändert.

---

**Bearbeitet durch: YR****Bearbeitet am:2014-04-10**

---

Folgendes fiel auf beim Überarbeiten der Nachricht 1000 (CR-2012-60\_Umstellung auf die Namensschreibweise aus XInnere):

Typen der Elemente `anschrift.gegenwaertig` und `anschrift.bisher` sind nicht mehr 2.BMeldDÜV-konform. Müssen neue Typen erhalten. Frühere Familiennamen und frühere Vornamen sind nicht vorgesehen. Andererseits muss Platz sein für DSMeld-Blatt 1213a.

- Dokumentation zu den Elementen `anschrift.gegenwaertig` und `anschrift.bisher` wurde schon angepasst. Muss überprüft werden.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am:2014-04-11**

---

**§ 4 Datenübermittlung an das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr**

Der Begriff „Wehrverwaltung“ wurde durch den Begriff „Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr“ ersetzt. Die Hinweise auf die Rechtsgrundlagen und Verordnungen wurde erneuert. Es gab keine Anpassungen am Datenumfang. **(umgesetzt)**

**§ 5 Datenübermittlung an die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit**

Im Rahmen der Datenübermittlung an die Bundesagentur für Arbeit wird zukünftig das DSMeld-Blatt die komplette Anschrift 1201 bis 1212 übermittelt. Durch Einbindung der Meldeanschrift, war dies durch das Schema bisher nicht ausgeschlossen. Verweise auf die 2. BMeldDÜV wurden aktualisiert. **(umgesetzt siehe 2014-02-08).**

**§ 6 Datenübermittlung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung**

Im Rahmen des DSRV-Kapitels ergibt sich bis auf die Blattzuordnung der Anschriften keine Änderung aus der 2. BMeldDÜV.

Es sind die Verweise auf die 2. BMeldDÜV zu aktualisieren.

**§ 7 Datenübermittlung an das Bundeszentralregister**

Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundeszentralregister kommt ein Datenübermittlungsanlass „Änderung des Geburtsdatum“ hinzu und die unstrukturierte Namensschreibweise wird aufgenommen. Beide Anliegen sind durch eigenen CRs abgedeckt (CR 2012-60 und 2013-32). **(dieser CR ist nicht betroffen)**

**§ 8 Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt**

Die Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt wird in einem eigenen CR (CR 2012-49) behandelt. **(dieser CR ist nicht betroffen)**

**§ 9 Datenübermittlung an das Bundeszentralamt für Steuern**

Bei der Datenübermittlung an das BZSt werden zukünftig auch IdNrn/VBMs von Lebenspartnern übermittelt. Diese Änderung wird in einem separaten CR (CR 2013-31) behandelt. **(dieser CR ist nicht betroffen)**

**§ 10 Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt**

Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt wird in der Optionsmitteilung Wegzug zukünftig die Auslandsanschrift mit übermittelt. Außerdem wird statt des Datenfeldes 1306 das Feld 1314 übermittelt. In der Zuzugsmitteilung ist das Blatt 1314 ebenfalls zu ergänzen. Das Bundesverwaltungsamt darf zukünftig Daten bei der Meldebehörde abfragen. Für diese Abfrage, soll keine eigene Nachricht erstellt werden, sondern die einfache Behördenauskunft verwendet werden. Bei der Ausgestaltung des BVA-Kapitels sowie der Behördenauskunft ist darauf zu achten, dass das BVA theoretisch abfragen könnte.

Die Übermittlung der unstrukturierten Namensschreibweise wird separat im CR 2012-60 betrachtet.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2014-04-14**

---

**§ 4 Datenübermittlung an das Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr**

**AG Mod:** darüber hinaus kein Änderungsbedarf

**§ 5 Datenübermittlung an die Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit**

**AG Mod:** darüber hinaus kein Änderungsbedarf

**§ 6 Datenübermittlung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung**

Im Rahmen des DSRV-Kapitels ergibt sich bis auf die Blattzuordnung der Anschriften keine Änderung aus der 2. BMeldDÜV. Es sind die Verweise auf die 2. BMeldDÜV zu aktualisieren.

**AG Mod:** Wurde vom Paten schon umgesetzt. Ist noch in die Spezifikation zu übernehmen. Darüber hinaus kein Änderungsbedarf.

**§ 7 Datenübermittlung an das Bundeszentralregister**

Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundeszentralregister kommt ein Datenübermittlungsanlass „Änderung des Geburtsdatum“ hinzu und die unstrukturierte Namensschreibweise wird aufgenommen. Beide Anliegen sind durch eigenen CRs abgedeckt (CR 2012-60 und 2013-32). **(dieser CR ist nicht betroffen)**

**AG Mod:**

- Die Verweise auf die 2. BMeldDÜV sind noch zu aktualisieren.
- weiter kein Änderungsbedarf.

**§ 8 Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt**

Die Datenübermittlung an das Kraftfahrtbundesamt wird in einem eigenen CR (CR 2012-49) behandelt. **(dieser CR ist nicht betroffen)**

**AG Mod:** Bestätigt, dass hier kein Änderungsbedarf.

**§ 9 Datenübermittlung an das Bundeszentralamt für Steuern**

Bei der Datenübermittlung an das BZSt werden zukünftig auch IdNrn/VBMs von Lebenspartnern übermittelt. Diese Änderung wird in einem separaten CR (CR 2013-31) behandelt. **(dieser CR ist nicht betroffen)**

**AG Mod:**

- Die Verweise auf die 2. BMeldDÜV sind noch zu aktualisieren.
- weiter kein Änderungsbedarf.

**§ 10 Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt**

Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt wird

- in der Optionsmitteilung Wegzug zukünftig die Auslandsanschrift DSMeld 1233 mit übermittelt.
  - muss angepasst werden an die neue DSMeld-Regelung zum Thema Staat (Extrawerte einbeziehen), d.h. ggf. ist der XInneres-Typ hier nicht verwendbar
- Außerdem wird statt des Datenfeldes 1306 das Feld 1314 übermittelt.
  - es ist nicht mehr das Element `datumdesauszugs` zu befüllen, stattdessen das Element `datumLetzterWegzugAusland`
  - `datumdesauszugs` sollte mit Schemamitteln ausgeschlossen werden
- In der Zuzugsmitteilung ist das Blatt 1314 ebenfalls zu ergänzen.
  - Element `datumLetzterWegzugAusland` ist zu ergänzen

**AG Mod:**

- Nachrichten 560 und 561 sind entsprechend anzupassen.

Das Bundesverwaltungsamt darf zukünftig Daten bei der Meldebehörde abfragen. Für diese Abfrage, soll keine eigene Nachricht erstellt werden, sondern die einfache Behördenauskunft verwendet werden. Bei der Ausgestaltung des BVA-Kapitels sowie der Behördenauskunft ist darauf zu achten, dass das BVA abfragen kann und darf.

**AG Mod:**

- Im BVA-Kapitel ist darzustellen, dass für diesen Prozess die Behördenauskunft verwendet wird (unter Benennung der zu verwendenden Nachrichten mit dem entsprechenden Datenumfang).

**§ 6 Datenübermittlung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung**

Im Rahmen des DSRV-Kapitels ergibt sich bis auf die Blattzuordnung der Anschriften keine Änderung aus der 2. BMeldDÜV. Es sind die Verweise auf die 2. BMeldDÜV zu aktualisieren.

**AG Mod:** Wurde vom Paten schon umgesetzt. Ist noch in die Spezifikation zu übernehmen. Darüber hinaus kein Änderungsbedarf.

**§ 10 Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt**

*Im Rahmen der Datenübermittlung an das Bundesverwaltungsamt wird*

- in der Optionsmitteilung Wegzug zukünftig die Auslandsanschrift DSMeld 1233 mit übermittelt.
  - muss angepasst werden an die neue DSMeld-Regelung zum Thema Staat (Extrawerte einbeziehen), d.h. ggf. ist der XInneres-Typ hier nicht verwendbar
- Außerdem wird statt des Datenfeldes 1306 das Feld 1314 übermittelt.
  - es ist nicht mehr das Element `datumdesauszugs` zu befüllen, stattdessen das Element `datumLetzterWegzugAusland`
  - `datumdesauszugs` sollte mit Schemamitteln ausgeschlossen werden
- In der Zuzugsmitteilung ist das Blatt 1314 ebenfalls zu ergänzen.
  - Element `datumLetzterWegzugAusland` ist zu ergänzen

**AG Mod:**

- Nachrichten 560 und 561 sind entsprechend anzupassen.

Das Bundesverwaltungsamt darf zukünftig Daten bei der Meldebehörde abfragen. Für diese Abfrage, soll keine eigene Nachricht erstellt werden, sondern das Nachrichtenpaar für Datenabrufe nach § 38 verwendet werden. Bei der Ausgestaltung des BVA-Kapitels sowie der Behördenauskunft ist darauf zu achten, dass das BVA damit abfragen kann und darf.

AG Mod:

- Es ist zu klären, ob im BVA-Kapitel dargestellt werden muss, dass für diesen Prozess die Behördenauskunft verwendet wird (unter Benennung der zu verwendenden Nachrichten mit dem entsprechenden Datenumfang).

**`datenuebermittlung.optionsmitteilung.0560`**

(Optionsmitteilung Wegzug)

- Um den Punkt vom 2014-04-14 noch zu präzisieren:
    - Die Auslandsanschrift DSMeld 1233 ist in der Nachricht enthalten (Element `wohnung.kuenftig`).
    - Die Staatentabelle wird hier über den XInneres Typ `xiaa:Code.Zielstaat` determiniert. Diese Stelle ist noch zu beachten bei der aktuellen Festlegung des Umgangs mit den Destatis-Staatentabellen.
  - Außerdem wird statt des Datenfeldes 1306 das Feld 1314 übermittelt.
    - es ist nicht mehr das Element `datumdesauszugs` zu befüllen, stattdessen das Element `datumLetzterWegzugAusland`, `datumdesauszugs` sollte mit Schemamitteln ausgeschlossen werden
    - Laut 2.BMeldDÜV sind vorgesehen die folgenden Blätter zu Wohnung und Anschrift (abgesehen von 1232 und 1233, die durch das Element `wohnung.kuenftig` abgedeckt sind): 1201 bis 1212, 1314
- umgesetzt:  
neuen Typ `type.BVA.WohnungBisher` erstellt, der nur diese DSMeld-Blätter enthält

**`datenuebermittlung.optionsmitteilung.0561` (Optionsmitteilung Zuzug)**

- In der Zuzugsmitteilung ist das Blatt 1314 ebenfalls zu ergänzen (Element `datumLetzterWegzugAusland` ist zu ergänzen)
- umgesetzt:  
ist bereits umgesetzt, das Element ist bereits enthalten  
(/optionsmitteilung/letzte.inlandswohnung/datumLetzterWegzugAusland)

→Frage, die sich an dieser Stelle noch stellt: Auch hier könnten mit Schemamitteln die nicht zulässigen Elemente noch eliminiert werden. Soll das geschehen?

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am:2014-05-26**

---

Ob im BVA-Kontext die Nachrichten 1320/1321 (Datenabrufe nach § 38) verwendet werden sollen und, ob im BVA-Kapitel dazu explizit ein Abschnitt aufgenommen werden soll, wird mit dem Änderungsbeirat im Umlauf abgestimmt.

---

**Bearbeitet durch: AL/BB**

**Bearbeitet am:2014-05-27**

---

die einfache Behördenauskunft nach § 38 Abs. 1 BMG umfasst nicht die Übermittlung der Staatsangehörigkeiten. Nach der Regelung in § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV-E kann das Bundesverwaltungsamt bei zentralen Meldedatenbeständen der Länder, sofern solche nicht vorhanden sind, bei sonstigen Stellen, die durch Landesrecht dazu bestimmt sind, oder bei den Meldebehörden zur stichprobenartigen Überprüfung der Gültigkeit der Unterstützungsbekundungen der Europäischen Bürgerinitiative gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes zur Europäischen Bürgerinitiative auch die Staatsangehörigkeiten abrufen.

Damit ist die Datenübermittlung nach § 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Europäischen Bürgerinitiative als Abruf eigener Art im Kapitel für das Bundesverwaltungsamt (Datenübermittlungen gem. § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV) zu beschreiben. Dass BVA kann die dort genannten Daten entweder bei einem zentralen (Landes-)Meldedatenbestand oder bei den Meldebehörden abrufen.

Die Nachrichten 1320/1321 kann für den Datenabruf des BVA nach § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV genutzt werden, wenn sie für diesen Zweck an den Datenkatalog des § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV (§ 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Europäischen Bürgerinitiative) angepasst wird. Die mit dem Nachrichtenpaar verbundenen Funktionalitäten sollen vollständig genutzt werden.

So wird sichergestellt, dass bei einem Abruf des BVA nach § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV je nach länderrechtlicher Ausgestaltung nicht zu viel oder zu wenig Daten übermittelt werden.

Weiterhin würde so auch sichergestellt, dass die Fachverfahren in den Meldebehörden die Anforderungen des § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV umsetzen müssen.

---

**Bearbeitet durch: GP/NRW**

**Bearbeitet am:2014-05-27**

---

Es sprechen keine fachlichen Gründe gegen die Nutzung des Nachrichtenpaares 1320/1321 für die EBI.

Eine expliziter Hinweis auf die Nutzung und den Datenumfang im BVA-Kapitel ist m.E. nicht erforderlich, da dem BVA beim Abruf bzw. bei der Rollenkonfiguration über die jeweiligen zugelassenen zentralen Meldedatenbestände bzw. Stellen diese Rolle zugewiesen wird.

---

**Bearbeitet durch: AS/BMI**

**Bearbeitet am:2014-05-27**

---

Die Nachrichten 0420/0421 und 1300/1301 werden ab dem BMG in den Nachrichten 1320/1321 zusammengefasst. Entsprechend wäre für das BVA dieses neue Nachrichtenpaar zu nutzen. Im Kapitel des XMeld zum BVA sollte auf § 3 Abs. 3 EBIG sowie § 10 Abs. 2 der 2.BMeldDÜV Bezug genommen werden. Im Übrigen wird die von Herrn Leder abgegebene Einschätzung zu dieser Thematik geteilt.

---

**Bearbeitet durch: GP/NRW**

**Bearbeitet am:2014-05-27**

---

Die Bewertungen von den AS und AL kann ich nachvollziehen, so dass ich dagegen keine Vorbehalte geltend mache.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am:2014-05-27**

---

Das Kapitel „Datenübermittlung an die Datenstelle der Träger der Rentenversicherung“ wurde bzgl. der DSMeld-Blattzuordnung aktualisiert.  
Verweise auf die 2. BMeldDÜV wurden aktualisiert.

**Folgender Punkt ist noch offen:**

Das Bundesverwaltungsamt darf zukünftig Daten bei der Meldebehörde abfragen. Für diese Abfrage, soll keine eigene Nachricht erstellt werden, sondern das Nachrichtenpaar für Datenabrufe nach § 38 verwendet werden. Bei der Ausgestaltung des BVA-Kapitels sowie der Behördenauskunft ist darauf zu achten, dass das BVA damit abfragen kann und darf.

Die Versionshistorie ist noch zu aktualisieren.

---

**Bearbeitet durch: GR /BY****Bearbeitet am:2014-06-06**

---

Ich stimme den Kollegen zu, dass für die Realisierung des Datenabrufverfahrens nach § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV-E das Nachrichtenpaar 1320/1321 grundsätzlich genutzt werden kann.

Nach Rücksprache mit der AKDB weise ich auf Folgendes hin:

Es ist eine Anpassung der Spezifikation erforderlich, da der Datenumfang größer als der in § 38 Abs. 1 BMG genannte ist. Bei der Behördenauskunft müsste hinsichtlich der Kennzeichnung der Nachricht eine weitere Unterscheidung eingeführt werden:

- Abruf Sicherheitsbehörde
- Abruf Bundesverwaltungsamt
- Abruf sonstige Behörde.

Für eine länderrechtliche Ausgestaltung **hinsichtlich des Datenumfangs** sehe ich keine Möglichkeit, da der Datenumfang in § 10 Abs. 3 2. BMeldDÜV-E abschließend festgelegt ist und ich davon auszugehe, dass die genannten Daten auch immer alle benötigt werden.

Die Möglichkeit einer länderspezifischen Ausgestaltung sehe ich nur insoweit gegeben, als die Bundesländer festlegen können, ob Daten zentral oder dezentral abgerufen werden können.

Nicht weiter vertieft wurde die Diskussion, ob nach den Vorschriften des BMG die Vergabe einer bundeseinheitlichen Rolle, die über die in § 38 Abs. 1 BMG (allgemeine Behördenauskunft) und die mit § 38 Abs. 3 BMG zugelassene Rolle für Sicherheitsbehörden hinausgeht, zulässig ist. Dazu vertrete ich die Auffassung, dass § 3 Abs. 3 EBIG den Regelungen des BMG vorgeht.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am:2014-06-06**

---

Eine Abstimmung im Anschluss an die Rückmeldung von Bayern (GR) wurde mit Brandenburg (AL) sowie mit der AKDB (JF) besprochen, dass eine dritte Rolle „Bundesverwaltungsamt“ in der XMeld-Nachricht nicht notwendig ist. Es handelt sich beim Datenabruf gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Europäischen Bürgerinitiative um eine Erweiterung des Datenumfanges der einfachen Behördenauskunft gemäß § 38 Abs. 5 BMG. Der Abruf des BVA ist als einfache Behördenauskunft einzustufen.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am:2014-06-08**

---

Das BVA-Kapitel wurde um den Datenabruf nach § 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Europäischen Bürgerinitiative. Es wird darauf verwiesen, dass die Nachricht 1320 vom BVA zu nutzen ist.  
Die Versionshistorie wurde entsprechend angepasst.

---

**Bearbeitet durch: interne QS****Bearbeitet am:2014-06-26**

---

BVA-Kontext:

Element wohnung.bisher war zuvor vom Typ type.Wohnung. Die neue Darstellung ist zwar konform mit der BMeldDÜV, jedoch an dieser Stelle zu restriktiv. Es wird zudem ein Fehler in der BMeldDÜV



bzgl. der Verwendung des Feldes 1314 in der Nachricht 0560 (Wegzug, Feld nur für Zuzug aus dem Ausland). Die Modellierung soll daher auf den alten Typ type.Wohnung zurückgesetzt werden. Dokumentation soll den zul. Umfang beschreiben.

---

***Bearbeitet durch: KOSI/JH***

***Bearbeitet am:2014-06-28***

---

Umsetzung ist erfolgt.